

## 4 Mrd. Pensionserhöhung. Ist das „generationsgerecht“?

Wie zukunftsfit ist Österreichs staatliches Pensionssystem?

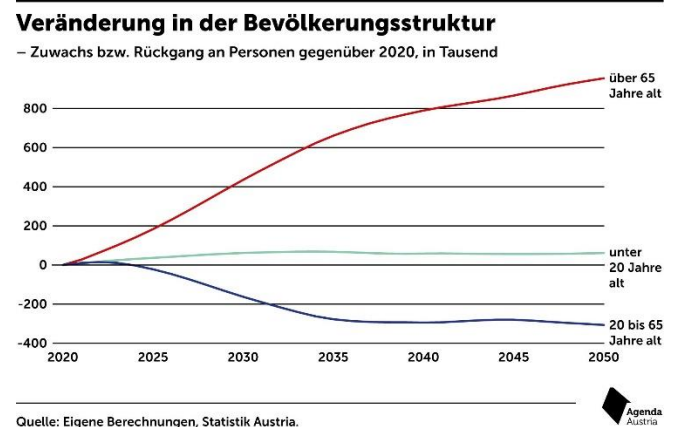
Im ausgehenden Sommer – rechtzeitig vor den herbstlichen Verhandlungen hinsichtlich Pensionsanpassung – meldete sich die **Jugendstaatssekretärin Claudia Plakolm** von der ÖVP und forderte „mehr Generationsgerechtigkeit“. Zuvor hatte der SPÖ Pensionisten-Verband eine 10-prozentige Anhebung der Pensionen verlangt.

Was hier nach politischem Hick Hack aussieht, hat einen sehr starken sachlichen Hintergrund. Nämlich die Frage, wie zukunftsfit ist das staatliche Pensionssystem in Österreich? Und sind **die Lasten zwischen den Generationen wirklich fair verteilt?**

Ja, die aktuellen Pensionen sind sicher. Auch deshalb, weil der Staat Jahr für Jahr Milliarden-Beiträge zuschießt, um die Differenz zwischen Einzahlungen der Arbeitenden und Auszahlungen an die Pensionisten abzudecken. Agenda Austria berechnete erst kürzlich, dass das **Pensionsloch bis Ende des Jahres 2025 auf über 27 Milliarden Euro** ansteigen werde. 2012 waren erst 15 Mrd. €. Eine Graphik über die historische Entwicklung des Pensionsloches können Sie [hier nachlesen...](#)

Bekanntlich gehen in den nächsten Jahren besonders geburtenstarke Jahrgänge, die sogenannten **Babyboomer, in Pension** und weniger Junge kommen nach, d.h. merklich weniger zahlen aktiv in das Pensionssystem ein, während immer mehr Menschen Pensionen erhalten. Siehe Graphik von Agenda Austria.

Also kann man verstehen, wenn sich heute **junge Menschen fragen:** Führt die Auszahlung der heutigen Pensionen nicht dazu, dass die aktuelle junge Generation künftig nicht nur hohe Staatsschulden zurück zu zahlen hat? Sondern auch wesentlich weniger Pensionen bekommen wird, als die heutigen Pensionisten?



Zwar wurde die Jugendstaatssekretärin parteiintern durch **ÖVP-Seniorenbund-Präsidentin Ingrid Korosec** sanft zurückgepfiffen. Sie warnte davor, einen Generationenkonflikt heraufzubeschwören. Man müsse „gerade in Krisenzeiten zusammenhalten und dürfe sich nicht auseinanderdividieren lassen“ wird sie im STANDARD zitiert. Und sie definiert Pensionsgerechtigkeit wie folgt: „Wer heute in Pension ist, hat Anspruch auf volle Inflationsanpassung und braucht zusätzliche Maßnahmen, um die Teuerung abzufedern.“

Trotz dieser Aussage, **pocht die Jugendstaatssekretärin nicht zurecht** auf mehr Generationengerechtigkeit im Sinne von Zukunftssicherheit des staatlichen Systems und eine faire Lastenverteilung, damit die heute Jungen auch künftig noch halbwegs gute Pensionen erhalten können? Wir erinnern uns daran, dass **Walter Pöltner, der Vorsitzende der Alterssicherungskommission** im Vorjahr „aus Frust, weil die Politik die langfristige Sicherung der Pensionen, aber auch der Pflege nicht ernst genug nehme“ zurückgetreten war. Weitere Fakten dazu in unserem damaligen BAV-Newsletter, [hier zum Nachlesen...](#)

Wie **exorbitant die Kosten für die soziale Sicherung das österreichische Budget dominieren**, zeigt die folgende Graphik der Statistik Austria. Quelle: Versicherungsjournal.

Der Staat gab 2021 insgesamt **225,7 Milliarden Euro aus. 88,8 Mrd.** davon flossen in die Position „**Soziale Sicherung**“ (da stecken die Pensionskosten drinnen) und machen somit 39,4 % der österreichischen Ausgaben aus. Also fast genauso viel, wie für alle anderen Ausgabenbereiche.



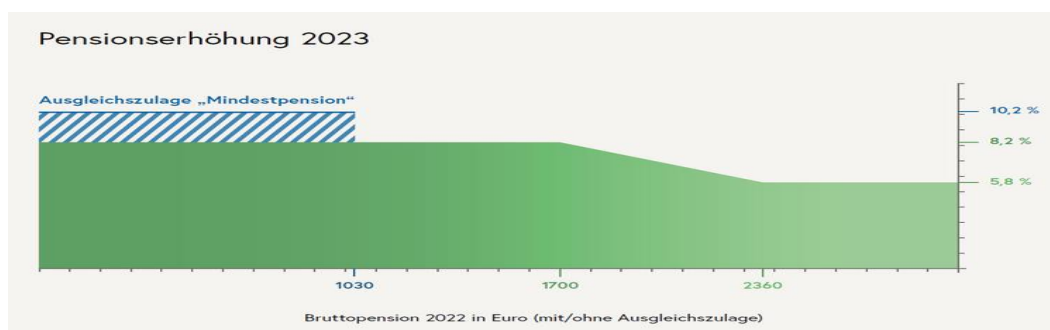
"Der Steuerzahler, der das bezahlt, ist noch nicht einmal geboren", so Plakolm im Kurier. Daher forderte Plakolm mehr Geld für Bildung. Und vor allem mehr Budgetdisziplin: „Auch als Staat kann ich nicht unendlich Schulden machen – das fällt der Generation auf den Kopf, die jetzt gerade die Schulbank drückt“, sagte die ÖVP-Staatssekretärin.

### Hat der Jugend-Aufschrei gewirkt? Um wie viel steigen die Pensionen 2023?

Dazu hat die Regierung diese Woche Details präsentiert. Die **Mindestpensionen** steigen um **10,2 %**, zwei Drittel der Pensionisten sollen um 8,2 Prozent mehr erhalten, allerdings erfolgt die soziale Staffelung nur über Einmalzahlungen. Was Pensionisten-Vertreter zu heftiger Kritik motivierte, weil dieser „**Inflations-Bonus**“ nicht auch nächstes Jahr wirken werde. Das ist aber im Hinblick auf die langfristige Finanzierung des Pensionssystems wohl die bessere Lösung.

Sozialminister Rauch erklärte, dass gerade Pensionisten besonders unter der extremen Preisexplosion leiden würden und daher diese **außergewöhnliche Erhöhung nötig** sei. Wieso außergewöhnlich? Nun eigentlich gibt es eine gesetzliche Regelung, die vorgibt, wie stark die Pensionen Jahr für Jahr anzupassen sind. Dieses **Gesetz würde eine Anpassung um 5,8 % vorschreiben**. Allerdings berücksichtigt diese Berechnung die Inflation des Zeitraums zwischen August 2021 und Juli 2022. Seither kletterte die Inflation auf über 10 %. Daher wollte die Regierung noch etwas „drauflegen“.

Und das sieht dann wie folgt aus: Graphik DER STANDARD:



**Erklärung:** Alle Pensionen werden um die gesetzlichen vorgegebenen 5,8 Prozent angehoben. Dazu kommt eine **soziale Staffelung über eine steuer- und abgabenfreie Einmalzahlung**. Bis zu einer Bruttopension von 2.000 Euro beträgt dieser Bonus 30 Prozent der Pensionsleistung, gedeckelt mit maximal 500 Euro. Bis 2.500 Euro brutto nimmt die Zuzahlung via **Ausschleifregelung** ab. Bezieher einer Ausgleichszulage bekommen zu den 5,8 Prozent und der Direktzahlung auch einen monatlichen Pauschalbetrag von 20 Euro. Der **Ausgleichszulagen-Richtsatz** steigt damit **von 1.030 auf 1.110 Euro**.

### **Zukunftssicher?**

Naja. Die Lösung über Einmalzahlungen hat immerhin den Vorteil, dass die Kosten nicht über das kommende Jahr hinaus mitgeschleppt werden. Die Pensionsanpassung 2024 wird somit nur von der Basis der 5,8 Prozent von 2023 berechnet werden.

### **Länger arbeiten als Lösung für mehr Generations-Gerechtigkeit?**

Der ehemalige Leiter der Pensionskommission Walter Pöltner hielt das „Pensionssystem nicht für die Aufgaben des 21. Jahrhunderts gewachsen“.

Wir haben schon mehrmals im BAV-Newsletter darüber berichtet, dass wir **heute weniger lange ins Pensionssystem einzahlen** – weil wir früher in Pension gehen als in den 70-er Jahren des vorigen Jahrtausends. Gleichzeitig hat sich in diesen 50 Jahren die **Lebenserwartung um gute 10 Jahre verlängert**. Die exakten Daten samt eindrucksvoller Graphik können Sie [hier nachlesen...](#)

Auf diese Wunde legt auch **Univ. Prof. Dr. Mazal**, Vorstand des Instituts für Arbeits- und Sozialrecht der Universität Wien seine Finger: „Es war bisher gute österreichische Tradition, Pensionisten in der Erhaltung Ihres Lebensstandards zu schützen“. Und: „...ich hoffe, dass Finanzierungsprobleme im Bereiche der Pensionen nicht dadurch gelöst werden, indem diese schleichend entwertet werden. Sachlich und politisch richtiger wäre, das **tatsächliche Pensionsantrittsalter anzuheben**: Wenn die Phase der Beitragszahlung länger und damit einhergehend die Phase des Leistungsbezugs kürzer wird, können Pensionen höher sein und wertgesichert gezahlt werden“. So Dr. Mazal in der Zeitung der Sozialversicherungsanstalt der Selbstständigen, SVS.

### **Nur 28% der 60+ arbeiten in Österreich...**

Zu diesem Thema hat AK-Chefökonom Markus Marterbauer in der Zeitschrift Profil Zahlen genannt. Und zwar spricht er davon, dass er „ein **hohes Arbeitskraft-Potenzial** in der älteren Bevölkerungsschicht ortet“. Und er nannte folgende Zahlen:

Unter den 55- bis 59-jährigen liege die Beschäftigungsquote bei rund 77 %, im Haupterwerbsalter bei 83 %. Bei den 60-64-Jährigen betrage die Beschäftigungsquote nur mehr 28 %. Hier könnte also nicht nur die **Lösung für den aktuellen Arbeitskräfte-Mangel** liegen, sondern auch ein Schritt in Richtung **zukunftsfittes Pensionssystem** getan werden, das langfristig besser abgesichert ist und mehr Gerechtigkeit zwischen den Generationen schafft.

### **Private Vorsorge nötig!**

Da die grundlegenden Probleme des staatlichen Pensionssystems **seit Jahrzehnten bekannt** sind, aber die Politiker Wahlen nicht verlieren wollen, werden sie die Pensionisten als größte Wählergruppe nicht durch dramatische Änderungen im System vergrämen wollen.

Was bedeutet das und all die oben präsentierten Fakten **für Sie als Beraterin/Berater?**

Sie müssen weiterhin bei Ihren Kundinnen und Kunden **Problembewusstsein zum Thema private und berufliche Vorsorge schaffen**. Es gilt, die drohende Altersarmut zu vermeiden helfen. Gleichzeitig zeigen alle oben präsentierten Zahlen: Die Belastungen für das staatliche Gesundheits- und Pensionssystem werden zunehmen. Und die Budgettöpfe werden nach Corona, Ukraine-Krieg, Inflations-Wahnsinn, usw. leer und Sparpakete die Folge sein. Diese Woche senkte etwa die **Ratingagentur Fitch den Ausblick für Österreich auf negativ** von zuvor stabil. Damit drohen dem Land eine Herabstufung in näherer Zukunft und in der Folge auch teurere Kredite, wie APA vermeldete.

Daher kann die Empfehlung an Ihre Kundinnen und Kunden nur lauten:

**Die staatliche Pensionssäule durch eine zweite und dritte Säule abzustützen**. Also gilt es, betrieblich und/oder privat vorzusorgen, um sich auch im Alter den gewohnten Lebensstil leisten zu können.

Quellen: DER STANDARD, Agenda Austria, Kurier, Versicherungsjournal, Profil, APA